

Gemischte Reaktionen auf Brief

Kretschmanns Entschuldigung zum Radikalenerlass geht manchen nicht weit genug

Von Nico Pointner

Stuttgart. Rund 50 Jahre nach dem Beschluss des Radikalenerlasses hat sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Foto: Marijan Murat/dpa) bei den zu Unrecht Betroffenen entschuldigt. „Eine ganze Generation wurde unter Verdacht gestellt, das war falsch. Einzelne mögen dann zu Recht sanktioniert worden sein, manche aber eben auch nicht“, schreibt der Grünen-Politiker in einem Brief an die Betroffenen. „Sie haben zu Unrecht durch Gesinnungs-Anhörungen, Berufsverbote, langwierige Gerichtsverfahren, Diskriminierungen oder auch Arbeitslosigkeit Leid erlebt. Das bedauere ich als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg sehr.“ Bislang habe sich kein Regierungschef eines Landes in der Form geäußert, hieß es aus dem Staatsministerium.

Mit dem Radikalenerlass aus dem Jahr 1972 sollte eine Unterwanderung des Staates verhindert werden. Die Gefahr von Links beunruhigte die damals noch junge Bundesrepublik. Der Beschluss sah vor, dass vor jeder Einstellung in den öffentlichen Dienst eine Anfrage beim Verfassungsschutz gestellt werden muss.

Wie viele Menschen betroffen waren, ist bis heute nicht abschließend geklärt. Die Schätzungen reichen nach Angaben der Hamburger Forschungsstelle für Zeitgeschichte von 1,8 bis 3,5 Millionen Verfassungsschutz-Anfragen. Bundesweit seien etwa 1.000 bis 2.000 Menschen aufgrund ihrer vermuteten Gesinnung nicht eingestellt worden. Damit sei vielen Menschen die Berufs- und Lebensperspektive genommen worden.

Kretschmann bot den Betroffenen dem Staatsministerium zufolge nun ein Gespräch an. Eine Rehabilitierung und



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident

Entschädigung sei jedoch nicht vorgesehen, weil eine Einzelfallprüfung kaum umzusetzen sei und weil Akten teils gar nicht mehr vorlägen, hieß es.

Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz sprach von einer „wichtigen Geste der Versöhnung“. Es gab aber auch kritische Reaktionen auf den Kretschmann-Brief. Der Deutsche Gewerk-

schaftsbund nannte das geäußerte Bedauern „mehr als flau“. „Zu einer Rehabilitation der Betroffenen ist der Ministerpräsident offenkundig nicht bereit“, sagte DGB-Landesvorsitzender Kai Burmeister am Donnerstag. „Das ist angesichts der eindeutigen Faktenlage ein Armutszeugnis.“ Das Land müsse einen Entschädigungsfond auflegen.

Die SPD im Landtag spricht von einem überfälligen Schritt, der aber nicht weit genug gehe. „Der Radikalenerlass ist für viele Betroffene nach wie vor mit persönlichem Leid und mit berufsbiografischen Nachteilen verbunden“, sagte der SPD-Abgeordnete Boris Weirauch. „Vor diesem Hintergrund muss auch die Frage einer Entschädigung geklärt werden.“ AfD-Fraktionschef Anton Baron führte an, dass Kretschmann mit seinem „Pandemieregime“ Ungeimpfte und Corona-Kritiker monatelang ausgegrenzt habe.